

rufs- und Arbeitsförderung der Region Eisenhüttenstadt mbH (GEM mbH)
Veräußerung der Geschäftsanteile des Landkreises Oder-Spree an der GEM mbH
selbst an die GEM mbH zum Nennbetrag von 40.903,35 €

3. Einstellung eines Leiters der Kämmerei/Kreiskasse (Amt 20)
4. Kreisausschuss als Vergabeausschuss
- 4.1. Bestätigung der Niederschrift des Vergabeausschusses am 06. und 20.06.2018
- 4.2. Vergabeentscheidung: Gaslieferverträge für die Jahre 2019-2020

Zu TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Herr Lindemann, Vorsitzender des Kreisausschusses, eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

zugestimmt

Zu TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung

Herr Dr. Zeschmann bittet um Aufnahme eines Tagesordnungspunktes, in welchem die Einteilung des Wahlgebietes in die 4 Wahlkreise näher besprochen werden kann. Eine Behandlung erst im Dezember könne zu spät sein.

Frau Siebke und Herr Lindemann betonen daraufhin, dass hierfür eine nähere Vorbereitung notwendig sei.

Herr Gehm bietet an, in Vorbereitung auf die Wahlen mit den Fraktionen Gespräche zu führen und hierbei Grundlagen und Fragen zu erläutern. Hierfür wolle er die nächste Beratungsrunde nutzen.

Herr Lindemann bittet um Abstimmung, ob dieser Punkt in die Tagesordnung aufgenommen wird.

Abstimmung: einstimmig dagegen, Enthaltung: 1

Herr Dr. Pech bittet um Aufnahme des Tagesordnungspunktes: Sonstiges, unter welchem er sich an die Fraktionen wenden möchte.

zugestimmt

Enthaltung 1

Zu TOP 3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 06.06.2018 - öffentlicher Teil

Die Niederschrift vom 06.06.2018 – öffentlicher Teil – wird bestätigt.

zugestimmt

Zu TOP 4 Förderung integrationsrelevanter und konfliktverhütender Maßnahmen im Landkreis Oder-Spree

Vorlage: 3.1/DIE LINKE/2018

Frau Zarling erläutert den Werdegang nach Auftragserteilung durch den Kreistag, um Fördermöglichkeiten für die Tafel zu prüfen und vorzuschlagen. In diesem Zusammenhang seien die unterschiedlichen Modelle der Tafeln im Fachausschuss seitens der Träger vorgestellt worden. (Die vorbereitete Präsentation, die im Kreisausschuss nicht vorlag, wird hier als Anlage beigelegt.)

Ein nach Auswertung erarbeiteter Verteilerschlüssel für finanzielle Zuwendungen ergab, dass die Probleme sehr unterschiedlich gelagert, nicht zu vergleichen und teilweise abzugrenzen seien. In der Sitzung des Fachausschusses Soziales und Gesundheit am 21.08.2018 wurde der Verteilerschlüssel als erster Vorschlag unterbreitet, von den Mitgliedern des Ausschusses abgelehnt und darum gebeten, die Tafeln nach Bedarf zu unterstützen und den Betrag bis zum Jahresende auszuzahlen.

Im Ausschuss für Haushalt und Finanzen am 03.09.2018 wurde ein Zusatzantrag gestellt, die Finanzierungssumme von 40.000 auf 60.000 € zu erhöhen.

Herr Dr. Berger meldet sich zu Wort und teilt sein Erstaunen mit; laut Antragstellung sollten Maßnahmen, wie z. B. Präventionsseminare, Kosten für Personal und Beschäftigung von Wach- und Sicherheitsdiensten, gefördert werden. Er stelle nicht in Frage, dass die Tafeln Unterstützung benötigen, aber es sei nicht ersichtlich, wofür.

Herr Dr. Pech stellt klar, dass der Beschlusstext des ursprünglichen Antrages bereits im Kreistag zurückgezogen und geändert worden sei. Unter Bezugnahme auf die Ausführungen von Frau Zarling könne man erkennen, wo die Mittel benötigt werden.

Auch Herr Hilke bezieht sich auf die Ausführungen von Frau Zarling, dass für investive Maßnahmen eine Summe von 40.000 € bereitgestellt und mittels einer Richtlinie festgelegt werden sollten, also nicht als ein allgemeiner Zuschuss, sondern ganz gezielt auf Antrag für Investitionsgüter Zuschüsse gewährt werden. Hierbei sei eine Berechnung nach Besucherzahlen, Pro-Kopf-Zahlen oder sonstigen Pauschalen nicht notwendig, da die Entscheidung über die Förderung auf Antrag durch die Verwaltung geprüft und gefällt werden könne.

Er schlage vor, dass bis zum Kreistag am 26.09.2018 eine Beschlussvorlage erstellt wird, dass nunmehr über die Höhe des in den Haushalt einzustellenden Betrages abgestimmt werden könne und dieser bis zum Jahresende für die Arbeit der Tafeln zur Verfügung stünde.

Herr Lindemann erläutert daraufhin, dass durch Frau Zarling eine Verwaltungsvorschrift erarbeitet werde, nach der das Verwaltungsermessen nachvollziehbar ausgeübt werden könne. Im Sozialausschuss sei bestätigt worden, dass der Verwaltung Zuteilungsermessen eingeräumt werde und eine Grundlage für eine Zuteilung geschaffen werden müsse.

Herr Dr. Pech bittet noch einmal um das Wort und betont den Tenor des Antrages. Neben der Höhe des Betrages könne derzeit nicht mehr geregelt werden.

Herr Dr. Zeschmann wiederholt seinen im Haushaltsausschuss am 03.09.2018 gestellten Antrag, den Betrag auf 60.000 € zu erhöhen und gibt zur Begründung an, dass hier von sechs Einrichtungen gesprochen werde, die diese Unterstützung benötigen würden. Der Beschlusstext müsse insoweit geändert und im Kreistag beschlossen werden, dass die Unterstützung endlich fließe.

Frau Zarling weist die Anwesenden darauf hin, dass eine Beschlussfassung in der im ursprünglichen Antrag bezifferten Höhe notwendig sei, so dass die Förderung in diesem Jahr fließen könne.

Frau Wagner bezieht sich auf die Aussagen von Herrn Dr. Berger und Frau Zarling und bittet ebenso um Beschlussfassung in der bisherigen Höhe. Nach den Wahlen im Jahr 2019 sollte

ggf. wegen einer Erhöhung des Förderbetrages die Angelegenheit neu in den Sozialausschuss eingebracht werden.

Herr Hilke weist darauf hin, dass bisher von einer einmaligen Förderung ausgegangen wurde und er spreche sich ausdrücklich gegen eine Verstetigung aus.

Herr Lindemann bittet um Abstimmung zur Weiterleitung der Vorlage an den Kreistag.

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 5 Erweiterung der Seniorenheime GmbH des Landkreises um das Alten- und Pflegeheim in Eisenhüttenstadt
Vorlage: 9.1/SPD/2018**

Herr Lindemann bezieht sich auf den Herrn Buhrke aus dem Kreistag erteilten Auftrag, sich mit der Geschäftsführung der Seniorenheime GmbH in Verbindung zu setzen, eine praktikable Möglichkeit aufzuzeigen und er gehe davon aus, dass Herr Buhrke zum Kreistag dieser Aufforderung nachkommen werde. Im Vorfeld wurde bereits erklärt, dass es keine Verschmelzung der GmbH und keinen Betriebsübergang geben und dass der Kreis die Altschuldenproblematik nicht übernehmen werde. Die Stadt Eisenhüttenstadt soll insoweit unterstützt werden, dass eine flächendeckende Versorgung mit Plätzen im Pflege und Seniorenheim gegeben ist. Ein eventueller Neubau müsse über die GmbH abgedeckt werden und eine Belastung des Kreishaushaltes ergebe sich daraus nicht.

Herr Dr. Zeschmann äußert seine Enttäuschung über die Beschlussvorlage, da hier lediglich die Aufgabe erkennbar sei, von kreislicher Seite ein Seniorenheim zu bauen und er davon ausgegangen sei, dass dies Aufgabe der Stadt sei. Erwartet habe er auch, dass im Vorfeld eine Ausschreibung stattgefunden hätte, welcher Träger überhaupt in Frage komme. Daran könne man erkennen und beschließen, wer die entsprechenden Voraussetzungen erfülle.

Herr Lindemann verweist auf die einführenden Worte, dass Herr Buhrke das Verfahren im Einzelnen im Kreistag vorstellen werde. Die Beschlussfassung dränge etwas, da die Betriebserlaubnis für das Seniorenheim auslaufe und das Haus sehr marode sei. Als Träger könne der Landkreis selbst in Frage kommen, der bereits auch andere Heime betreibe.

Herr Hilke merkt an, dass bereits im Haushalts- und Finanzausschuss eine Beschlussfassung vertagt worden ist, da umfassender Klärungsbedarf bestünde. Hierzu zähle unter anderem auch die Trägerschaft und der Umfang der Kosten. Eine Wirtschaftlichkeitsberechnung sei unverzichtbar, denn die Betreibung dürfe keinen Verlust mit sich bringen und Mehrkosten nicht auf die Betroffenen verlagert werden.

Herr Lindemann bittet noch einmal zu beachten, dass durch den Beschluss das Verfahren bzw. die Verhandlungen mit der Stadt vorwärts gebracht werden sollen. Die Wirtschaftlichkeitsberechnung und andere offene Fragen, werden derzeit von Herrn Buhrke geprüft.

Herr Papendieck fügt hinzu, dass es derzeit nicht genügend Betreuungsplätze und –personal gebe. Auch, wenn der Landkreis bereits Seniorenheime betreibe, müsse gründlich geplant werden, da kein Verlustgeschäft entstehen darf. Er gehe davon aus, dass die Zahlen zum Kreistag vorliegen werden, so dass eine Entscheidung getroffen werden könne.

Herr Dr. Pech fasst zusammen, dass hier grundsätzlich ein Beschluss gefasst werden soll, um das Verfahren in die Gänge zu bringen und der dann alles bisher Gesagte nach sich ziehe.

Frau Siebke weist darauf hin, dass die Ausschreibung zwar ein wichtiger Punkt sei, aber die öffentliche Hand dazu verpflichtet ist, Vorsorge zu betreiben und nicht die Gesamtheit den privaten Trägern zu überlassen. Der Vorwurf, dass die Kosten für private Träger günstiger seien, als für die öffentliche Hand, sei unbegründet und bedeute nicht, dass der Landkreis nicht als Betreiber in Betracht gezogen werden könne. Insoweit erwarte sie die Erläuterung von Herrn Buhrke zum Kreistag und rät davon ab, den Beschluss auf die lange Bank zu schieben.

Frau Prof. Dr. Böhm stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung,

über den Antrag nunmehr abstimmen zu lassen,

da die Diskussionen sehr umfangreich gewesen seien und ein Schritt vorwärts getan werden sollte.

Herr Hilke hinterfragt die Aussage von Herrn Lindemann zur auslaufenden Betriebserlaubnis, denn ein Neubau des Heimes nehme Zeit in Anspruch, die noch nicht absehbar sei.

Herr Lindemann legt dar, dass allein durch das Aufzeigen von Anschlusslösungen bei der Aufsichtsbehörde ein anderer Blick auf den Genehmigungssachverhalt entstehe. Anschließend bezieht er sich auf den Antrag von Frau Prof. Dr. Böhm und bittet um Abstimmung.

Mehrheitlich zugestimmt

Nein 1 Enthaltung 1

**Zu TOP 6 Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Abfallentsorgungsanlagen - 1. Änderungssatzung
Vorlage: 049/2018**

Es sind keine Nachfragen oder Änderungswünsche ersichtlich. Um Abstimmung wird gebeten.

einstimmig zugestimmt

Enthaltung 1

**Zu TOP 7 Entgeltordnung zur Nutzung von Wohnheim- oder Pensionsplätzen
Vorlage: 039/2018**

Es werden keine Änderungswünsche und Fragen vorgetragen. Um Abstimmung wird gebeten.

einstimmig zugestimmt

Enthaltung 1

**Zu TOP 8 Entgeltordnung über die Nutzung des Schullandheimes Bremsdorf
Vorlage: 040/2018**

Es werden keine Fragen oder Änderungswünsche vorgetragen. Um Abstimmung wird gebeten.

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 9 Satzung zur Aufhebung der Satzung über die Elternbeiträge für die Betreuung von Kindern der Primarstufe in den Horten der Allgemeinen Förderschulen in Trägerschaft des Landkreises
Vorlage: 041/2018**

Es werden keine Fragen oder Änderungswünsche vorgetragen. Um Abstimmung wird gebeten.

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 10 Änderung der Kulturförderrichtlinie des Landkreises Oder-Spree
Vorlage: 051/2018**

Es werden keine Fragen oder Änderungswünsche vorgetragen. Um Abstimmung wird gebeten.

einstimmig zugestimmt

Enthaltung 1

**Zu TOP 11 Änderung der Burgschreiberrichtlinie
Vorlage: 052/2018**

Es werden keine Fragen oder Änderungswünsche vorgetragen. Um Abstimmung wird gebeten.

einstimmig zugestimmt

Enthaltung 1

**Zu TOP 12 Beschluss über die Beantragung des endgültigen Zuwendungsbescheides zum Breitbandausbau im Landkreis Oder- Spree
Vorlage: 050/2018**

Es werden keine Fragen oder Änderungswünsche vorgetragen. Um Abstimmung wird gebeten.

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 13 Baubeschluss für den Neubau einer Rettungswache in Brieskow-Finkenheerd.
Vorlage: 045/2018**

Es werden keine Fragen oder Änderungswünsche vorgetragen. Um Abstimmung wird gebeten.

einstimmig zugestimmt

Enthaltung 1

**Zu TOP 14 Kinderschutzmonitoring - Jährliches Monitoring zu Entwicklungen und Tendenzen der Meldungen und der tatsächlich festgestellten Kindeswohlgefährdungen im Landkreis Oder-Spree (Berichtszeitraum 2017)
Vorlage: 044/2018**

Es werden keine Fragen oder Änderungswünsche vorgetragen. Um Abstimmung wird gebeten.

einstimmig zugestimmt
Enthaltung 1

**Zu TOP 15 Gewährung einer zusätzlichen Zuwendung an die Schöneicher-Rüdersdorfer Straßenbahn GmbH im Jahr 2018 zum Kauf von Straßenbahnen vom Typ Artic Tram zur Herstellung der Barrierefreiheit nach §3 Abs. 3 des Brandenburgischen Behindertengleichstellungsgesetzes im Straßenbahnbetrieb
Vorlage: 047/2018**

Es werden keine Fragen oder Änderungswünsche vorgetragen. Um Abstimmung wird gebeten.

einstimmig zugestimmt
Enthaltung 1

**Zu TOP 16 Sitzungsplan 2019
Vorlage: 037/2018**

Herr Dr. Zeschmann trägt vor, dass die konstituierende Sitzung des Kreistages nach der Kommunalwahl in den Zeitraum der Sommerferien fällt. Es stelle sich ihm die Frage, warum es nicht möglich ist, diesen Termin eine Woche vorzuziehen.

Herr Lindemann teilt mit, dass dieser Einwand bereits geprüft wurde und nach Rücksprache mit der Kommunalaufsicht, Frau Gliese, nachvollziehbare Gründe vorliegen. Die Nachbereitung der verbundenen Wahlen (Kommunal- und Europawahl) sei mit einem erheblichen Aufwand verbunden und Fristen müssen eingehalten werden. Der Bearbeitungszeitraum werde zudem durch Feiertage reduziert. Eine alternative Gestaltung innerhalb der zu beachtenden Fristen habe sich nach Prüfung nicht ergeben.

Mehrheitlich zugestimmt
Nein 1

**Zu TOP 17 Prioritätenliste für den Investitionsbedarf des Landkreises Oder-Spree im Zeitraum 2019 bis 2022 ff
Vorlage: 048/2018**

Herr Hilke greift noch einmal das Thema Schulzentrum im Bereich des westlichen Landkreises auf und bezieht sich auf die Aussagen der Fraktionsmitglieder aus den Fachausschüssen, dass es derzeit keine Fördermittel im Bereich der Schulzentren im Land Brandenburg gäbe. Die Wünsche der Stadt Erkner, gemeinsam mit der dortigen Oberschule und Grundschule ein Schulzentrum zu errichten, lassen hier einen Widerspruch erkennen. Der Bau der Grundschule liege in den Händen der Gemeinde.

Ein weiteres Problem bestünde weiterhin in der Gemeinde Schöneiche im Hinblick auf den Betrieb einer weiterführenden Schule.

Er plädiere daher dafür, das Thema der Schulzentren in Schöneiche und Erkner zu beenden und stattdessen die Sanierung der Oberschule in Erkner auf die Tagesordnung zu setzen sowie die Errichtung einer weiterführenden Schule in Schöneiche.

Herr Papendieck schließt sich an, bedauert den nicht lobenswerten Zustand und plädiert, die Investitionen für die Standorte in Erkner und Schöneiche auf die Liste zu nehmen.

Herr Dr. Zeschmann betont, dass er die Trennung der Vorhaben in Erkner und Schöneiche als sinnvoll ansehe, da beide Schulstandorte begründet seien.

Frau Siebke erläutert, dass es richtig sei, dass seitens des Landes derzeit keine Mittel zum Bau von Schulzentren zur Verfügung gestellt werden. Insofern wäre es aber sinnvoll, diesen Beschluss bereits zu fassen, um entsprechend agieren zu können. Die Standortfrage des Schulzentrums in Schöneiche müsse zwischenzeitlich geklärt werden.

Herr Hilke spricht sich ausdrücklich dafür aus, dass die Schulsituation in Erkner und Schöneiche nicht zumutbar sei. Bei einem Abwarten auf eine eventuelle Förderung durch das Land gehöre die gesamte Position nicht mehr in Priorität 1.

Herr Dr. Zeschmann bemängelt weiterhin, dass die in der Prioritätenliste hinterlegten Zahlen, z. B. für das Schulzentrum in Fürstenwalde, nicht nachvollziehbar seien und er davon ausgehe, dass damit ggf. nur ein Grundschulteil errichtet werden könne. Auch sei nicht ersichtlich, welche Förderung durch das Land erfolgen wird.

Frau Gläser antwortet, dass die Prioritätenliste sehr transparent sei und Maßnahmen enthalte, die noch nicht durch Baubeschlüsse bestätigt seien. Zur Schulbausituation erläutert sie weiter, dass derzeit durch das Land nur Schulzentren gefördert werden und es sich bei den dargestellten Kosten um den Grundschulneubau handele.

Herr Papendieck beantragt, die Aufteilung der Position Schulzentrum in zwei extra Positionen: Schulzentren Erkner und Schöneiche.

Herr Hilke schlägt vor, die Prioritätenlisten in der vorliegenden Form in den Kreistag zu überweisen; nach nochmaliger Beratung in den Fraktionen könne dann ggf. ein Änderungsantrag im Kreistag gestellt werden.

Herr Lindemann bittet im Anschluss um Abstimmung.

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 18 Bestellung der kommissarischen Dezernentin und Leiterin PRO Arbeit -
kommunales Jobcenter Oder-Spree, Frau Angelika Zarling, zur Dezer-
nentin für Jugend, Bildung, Soziales und Gesundheit
Vorlage: 042/2018**

Herr Lindemann erläutert den vorliegenden (Organisations-) Beschluss, mit dem zwei Dezernate zusammengeführt und von Frau Zarling künftig als Dezernatsleiterin geleitet werden sollen.

Frau Wagner fragt nach, ob sich der Aufgabenbereich auch auf die Stelle des Jugendamtleiters ausweitet.

Herr Lindemann verneint und hebt hervor, dass das Kommunale Jobcenter ämterübergreifend arbeitet, jedoch die Stelle des Jugendamtleiters kommissarisch besetzt sei und hier für die Zukunft eine Lösung gefunden werden müsse.

Sodann wird um Abstimmung gebeten.

einstimmig zugestimmt

Zu TOP 19 Sonstiges

1. Herr Dr. Pech bittet um das Wort und schlägt vor, innerhalb der Fraktionen darüber zu diskutieren, die Verwaltung mit einem Vergleich zu beauftragen, innerhalb des Landes Brandenburg die Finanzierung der Fraktionsarbeit gegenüberzustellen und ggf. eine Anpassung vorzunehmen.

Bei ähnlichen bzw. gleichen Bedingungen würde sich hier ein Unterschied ergeben und müsste die Richtlinie zur Fraktionsfinanzierung angepasst werden.

Herr Hilke schließt sich an, bittet jedoch darum, das Ergebnis zur Beschlussfassung erst nach den Wahlen dem neuen Kreistag vorzulegen.

Herr Lindemann gibt zu bedenken, dass bei Berücksichtigung der Entwicklung im Land bereits jetzt eine Stärkung der Fraktionsarbeit notwendig und ein Abwarten kritisch zu betrachten sei.

In diesem Zusammenhang könne das Thema der hauptamtlichen Besetzung wieder aufgegriffen werden.

2. Herr Dr. Berger erinnert die Fraktionen daran, dass der Sitz des vierten Stellvertreters des Vorsitzenden des Kreistages nach Herrn Fischer neu zu besetzen sei und die Vorschläge bis zum nächsten Kreistag zu unterbreiten sind.

Der Vorsitzende bedankt sich bei den Anwesenden, schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und bittet um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

zur Kenntnis genommen

Rolf Lindemann
Vorsitzender des
Kreisausschusses

Sina Ziesmer
Schriftführerin